



Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für  
bedrohte Völker

06.04.2020

Postfach 2024

D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 499 06-0

Fax: +49 551 580 28

E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Menschenrechtsorganisation  
mit beratendem Status bei den  
UN und mitwirkendem Status  
beim Europarat

## Covid-19: Amnestie für politische Gefangene

Appell an den Präsidenten der Republik Türkei und die gesamte türkische Regierung sowie an alle Mitglieder der Großen Nationalversammlung der Türkei (TBMM)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) sowie andere Unterzeichner appellieren dringend an Sie, alle politischen Gefangenen und Untersuchungshäftlinge unverzüglich aus der Haft zu entlassen.

Durch die Covid-19-Pandemie, die auch in der Türkei immer mehr Menschen betrifft, sind Häftlinge besonders gefährdet. Sie leben in den Gefängnissen äußerst beengt und oft unter unhygienischen Umständen, sodass es ihnen in der Regel unmöglich ist, den notwendigen Sicherheitsabstand und die Hygiene-Regeln einzuhalten. Zudem ist ihr Zugang zu medizinischer Versorgung eingeschränkt. Sollte es in einer Haftanstalt zu einem Ausbruch der Krankheit kommen, wären unzählige Menschenleben in Gefahr.

Wir begrüßen, dass die türkische Regierung die Haftentlassung von bis zu 100.000 Gefangenen plant. Ein entsprechender Gesetzentwurf schließt aber die Freilassung von aufgrund der Antiterror-Gesetze Inhaftierten sowie von Untersuchungshäftlingen und Verurteilten mit anhängigen Rechtsmittelverfahren aus. Dazu zählen aber inhaftierte Journalist\*innen, Schriftsteller\*innen, Menschenrechtsverteidiger\*innen, Politiker\*innen, Bürgermeister\*innen und Jurist\*innen. Diese aus politischen Gründen inhaftierten Personen müssen auch aus dem Gefängnis entlassen werden.

Von den zehntausenden politischen Gefangenen in der Türkei ginge in Freiheit keinerlei Gefahr aus. Im Gegenteil: Eine Amnestie zum jetzigen Zeitpunkt wäre ein Zeichen der Versöhnung und Solidarität aller Volksgruppen in der Türkei angesichts einer monumentalen Herausforderung. In Freiheit könnten diese Menschen einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der öffentlichen Gesundheit in der Türkei leisten.

Zugleich würde durch eine solche Maßnahmen das Justizsystem deutlich entlastet. In den Gefängnissen würde Platz frei, der den verbleibenden Häftlingen eine vielleicht lebensrettende Distanzierung ermöglichen und auch dem Sicherheitspersonal Schutz bieten würde. Eine humanitäre Katastrophe könnte so abgewendet werden. Auf Seiten des türkischen Staates würden zudem Ressourcen freigesetzt, die für die Gesundheit und Versorgung der Gesellschaft in der Türkei in den kommenden Monaten besonders dringend benötigt werden.

Bitte entlassen Sie alle politischen Häftlinge aus den Gefängnissen! Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Wohlergehen aller Menschen in der Türkei.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)

Ulrich Delius, Direktor der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

### Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft  
IBAN: DE07 2512 0510 0000 5060 70  
BIC: BFSWDE33HAN

### Geschäftskonto

Sparkasse Göttingen  
IBAN: DE65 2605 0001 0000 0019 17  
BIC: NOLADE21GOE

### Eingetragener Verein

Eingetragen im Vereinsregister  
des Amtsgerichts Göttingen  
Vereinsregister Nr. 1804



### **Der Appell wird unterstützt von:**

- Albrecht Kieser, Journalist, Köln.
- Alevitisches Kulturzentrum Köln-Porz und Umgebung.
- Ali Bostanci, Lehrer, Neuss.
- Ali Zülfikar, Art/Painting, Köln.
- Armanc Nêrweyî, Journalist, Berlin.
- Bayram Ayaz, Schriftsteller, Bonn.
- Berivan Aymaz, Mitglied des Landtages NRW, Bündnis 90/Die Grünen.
- Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des internationalen Versöhnungsbundes.
- Demokratisches Gesellschaftszentrum der Kurd\*innen, Köln.
- Dogan Akhanli, deutsch-türkischer Schriftsteller, Berlin.
- Dr. Gisela Penteker, Türkei-Beauftragte der IPPNW.
- DR. H.C. Herbert Schmalstieg, Oberbürgermeister a.D. der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover.
- Erkan Pehlivan, Journalist, Frankfurt am Main.
- Fatih Akin, Filmregisseur, Drehbuchautor, Darsteller und Produzent, Hamburg.
- Faysal Dagli, deutsch-kurdischer Journalist, Hamburg.
- Heidi Merk, ehemalige Justizministerin von Niedersachsen.
- International Journalists Association, Offenbach.
- Jazya Shahin, Journalist, Berlin.
- Jürgen Grässlin, Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK).
- Kimiea Shahverdi, Apothekerin, Hürth.
- Kurdisches Kultur- und Bildungszentrum, Köln.
- Memo Sahin, Geschäftsführer des Dialog-Kreises „Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“, Köln.
- Metin Incesu, Vorsitzender, NAVEND – Zentrum für Kurdische Studien, Bonn.
- Nevin Kamilağaoğlu und Hüseyin Mat, Co- Vorsitzende der Alevitischen Union Europa.
- Pater Wolfgang Jungheim, Jesuitenplatz 4, 56068 Koblenz.
- Prof. Dr. h.c. İsmail Çoban (Bildende Künstler), Wuppertal.
- Şakir Bilgin, Schriftsteller, Köln.
- Şêro Zeidan, Aktivist, Berlin.
- Şivan Perwer, kurdischer Künstler, Musiker und Liedermacher, Bonn.
- Süleyman Ateş, Rentner, Köln.
- Vartan Lulukjan, Restaurantleiter, Köln.
- Vasilis Pavegos, Angestellter, Köln.